



Stufen wiederum von England und Frankreich und Frankreich von England, das ebenfalls Gains gutwillig ganz gewiß nicht wieder beabsichtigt wird; was zum? Die Neutralen, die zu Beginn des Krieges ganz im Banne derjenigen Erklärung standen haben, wie Kustand und die anderen von England am Vortage geführten Betrogenen, wachen nachdrücklich auf. Sie sehen, daß England seine militärische Unfähigkeit zum Siege wech zu machen sucht durch Befehlsgabe neutraler Länder und Schiffe, daß es den Krieg nicht sofort gegen die Mittel-mächte, als gegen den Sankel der ganzen Welt ohne An-sehung des Seemannshafens führt. Sie sehen wie Frankreich in Kielhofen dieser britischen Politik verbleibt wird und wie Kustand durch die seinen Kufen widerwärtigende Montenegropolitik an den Rand des Scheiterns gebracht ist. Wäre Deutschland, Belgien, Serbien, Ungarn, Bulgarien und die Türkei heute niederknien, so wäre morgen der englisch-russische Krieg für London befehlige Ende. Grey hat dies dem Sirten Schicksal so als letzten gemäßigten Trost mit der ihm Gemüth gegeben, daß für Deutschland letzten Endes noch ein Plätzen in Englands ferneren Plänen offen sei!

Auch dem Blinden muß es angelehrt haben wie Schanden von den Augen fallen, daß nur vom Siege un-erer Waffen und der unierer Verbindeten das Heil der Zu-kunft für die nach Ruhe und friedlicher Entwicklung ver-langenden Völker zu erhoffen, oder auch mit Sicherheit zu erwarten steht!

Am 18. Oktober 1871 das Kaiserreich der Friede, so hat die Völkergeschichte heute sich gewendet: die starken Kaiser-reiche Mitteleuropas sind in sich und sie allein die Friede-stiftung der Welt!

## Deutscher Reichstag

Sitzung vom Montag, den 17. Januar 1916.

Am Bundesratsstische: Dr. Helfferich, v. Wandel, Remold.  
Präsident Dr. Kämpf eröffnete die Sitzung um 1¼ Uhr.  
Auf der Tagesordnung stand zunächst die Weiterberatung der

### Resolutionen, die Herrentage betreffen.

Die Kommission für den Reichshaushaltsetat beantragte eine Resolution, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die von der Leitung des Meeres und der Marine ausgehenden amtlichen Kriegsanträge in allen darum nachsuchenden Organen der deutschen Presse gleichmäßig und unentgeltlich gegen Erlass der Mitteilungsstellen mitgeteilt werden, und sich zu diesem Zweck unverzüglich mit dem Herrn Reichskanzler in Verbindung zu setzen, ferner die bereits in der vorigen Sitzung berührten Resolutionen über Urlaubsverhältnisse, ferner betreffend Beurteilungen geeigneter Mannschaften, am dem Mangel an Arbeitskräften der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Landwirten abzuheben, im Benehmen mit den Kommunalbehörden, ferner auf rechtzeitige Beurteilung von Leitern landwirtschaftlicher Betriebe, besonders von Leitern landwirtschaftlicher Betriebe, und auf Beurteilung von für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräften aus dem Meere in größerem Umfange, Mehrere Anträge um Abgabe von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen an bedürftige Volksteile sollen als Material überwiesen werden. Weitere Anträge gingen auf halbjährige Vorlegung einer Tabelle zum Mannschäftsverlaufungsgesetz und zum Militärhinterbühnengesetz, zwecks Verfolgung, auch wenn das Gewerkschaftsrecht befürchtende Ereignis oder der Tod während der Jugend-jährigkeit zum Meere ohne nachgewiesene Dienstbeschädigung eintritt,

auf Vorlegung eines Gehejntournees, durch welchen Kriegsbefähigten, deren Zustand nach der Beschädigung sich später nicht ändern wird (z. B. Amputation) 80 Prozent der festgesetzten Rente für Lebensdauer bewilligt wird auf rechtzeitige Gewerben der an Stelle von Zulagen für ein Jahr gegebene einmalige Unterstützung an die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern auf Gewährung einer Abfindung oder Zulage an Witwen mit Kriegshinterbliebenenrente bei ihrer Wiederverheiratung.

Referent Abg. Graf v. Belpas (Deutschholl.) führte aus, daß der Kommission Vorschlag über den Widerspruch der Monopolstellung des W. L. v. in der amtlichen militärischen Vertriebsstellen unter Vorbehalt einer einzelnen Fälle ausgegangen sind. Das W. L. habe Material aus der Verlegung unterbreitet, auch angelehrt, daß es aus der Verlegung der amtlichen Kriegsbefähigten keinen Verdienst, sonder Verlust gehabt habe. Sodann ging der Berichterstatter auf die Urlaubs- und die Hinterbliebenenunterstützung ein.

Abg. Schöppin (Soz.): Es ist ja sehr schwierig, die Ur-lausfrage zufriedenstellend zu regeln. Nach Einführung der Freitagen scheint eine Beschränkung des Urlaubs ein-getreten zu sein. Die Urlaubsmöglichkeit sollte nach Kräfte ausgedehnt werden. Trotz des Erlasses des Kriegsministeriums ist die Mannschaften das Verpflegungsgeld wiederholt verweigert worden. Der Kriegsminister sollte veranlassen, daß die Urlaubsbefugnisse wohlwollender behandelt wird. Bei der langen Dauer und dem Strapazen des Krieges ist sie dur-chaus am Plage. Bei der Verpflegung in den Garnisonen muß sehr sorgfältig verfahren werden, um Entkränkungen zu vermeiden. Der russische Befehlsgabe ergibt eine gute ausreichende Verpflegung, aber die Verpflegungsmann-schaften mühten nicht schlechter werden. Die Klagen über die Kantinen bei den Trainern nehmen zu. An dem Befehlsgabe ist ganz Gemüthlich geleistet worden. Das ist sehr erfreulich; doch hört man auch Klagen, daß die Befehlsgaben sich an der Endstation verkräftigen. Selbst solche Eingeleitungen verdienen die strengste Nachprüfung und Abfindung. Die Eisenbahnverwaltung sollte für mög-lichste Befehlsgabe sorgen. Bei Unterbrückungen an die Familien der Krieger sollte man weitestgehend sein. Die Verpflegungsfälle für die Vermundeten mühten erhöht und ihr Urlaub bemerkt werden. Die sogenannten Genselungs-stellungen werden zu sehr angetrennt. Die Truppen im Felde werden vielfach unangenehm behandelt, zuviel ernährt. Auch Kommandanturbefehle ähnlicher Art geben Anstoß. Die Beförderung des Lofes der Kriegsbefähigten empfehlen wir ganz besonderer Beachtung.

Abg. Dr. van Galle (Nat.): Auch wir haben über die empfangene Beförderung der Befehlsgaben Klagen hören; das Zielbestimmte Kriegsminister hat Mühe verbrochen. Das Bestimmte mühten Befehlsgabe auch anderen Offizieren

ist überall glänzend; vielleicht könnten Feldbestimmte nach denselben Grundbegriffen befördert werden, wie die al-deren, um Unrichtigkeiten infolge unangemessener Ver-förderungsverhältnisse zu vermeiden; auch diejenigen der Veteranen- und der Feld-Interessierte sind nicht die günstigsten. Die Einrichtung der Feldbestell-leutnants halte ich nicht für besonders glücklich; ich komme auf meinen Vorschlag zurück, die Feldbestell-leutnants auf Oberfeldwebeln oder auf Offizieren zu befördern. Auf gute Ehrenbezeugungen sehe ich als Basisformularen, nicht aus Bedauer, sondern weil es in der Disziplin keine Kleinigkeiten gibt. Ohne solche Genauigkeit hätten wir den Krieg längst verloren (Wiederholt hat den Soz.). Die Disziplin muß auf die Spitze getrieben werden.

Unserem Unteroffizier verdammt wir gerade im heißen Kriege unendlich viel. Von ihm unterwirde ich ganz scharf den schäfernden Unteroffizier, der aus gemeiner Gesinnung handelt. Die Resolutionen, den Urlaub betreffend, empfehle ich dringend, besonders über Beurteilungen zu wirtschaftlichen Zwecken. Die Verpflegungsverhältnisse in der Feuerkraft sind ausgezeichnet, besonders bei den ganz jungen Leuten. Der Einfluß der Jugendbildung ist die turnerische Ausbildung ist sehr günstig und nur zu wünschen, daß diese Jugendbewegung zu fortsetzt. (Zu-stimmung.) Ich habe noch nie so viele Kriegsverwendungs-tätige Leute in meiner Kaserne gesehen, wie in diesem Kriege; wir können nicht befugt werden. (Beifall.) Die Rot und der Herr dieser Zeit ist für viele Tausende eine unbeschreibliche Sehnsucht und Willkür in die letzten Monaten der deutsche Krieg zum deutschen Vaterlande geworden. (Beifall.)

Abg. Dr. Haase (Nat.): Wir haben am Sonn-abend einmütig protestiert gegen das Verhalten der eng-lischen Regierung in dem Barolongfall. Nie ist eine Armee mit höherer Kultur im Felde gestanden als die deutsche Armee. (Beifall.) (Zustimmung.) Der deutsche Soldat be-handelt den verwundeten Feind nicht mehr als Feind, so menschlich und freundlich wie ein Bruder im deutschen Gebiete nicht bekommen. Kein Deutscher geht an einen Feind an, ohne zu helfen. Unsere Feldkassen seien die einheimische Bevölkerung. Alles das ist ein Ergebnis unserer Schule. Wir sind ein Kulturvolk, und unsere Armee ist besten würdig. Der Schützenverein wirkt verühmend und die Soldaten werden dafür sorgen, daß sich künftig die Parteien bei uns vertehen. Würden die Kampagneführer aus der sozialdemokratischen Fraktion gewählt, so würde man nicht feindliche und unfreundliche Töne sehr gefast wird über die Behandlung der Leute in den Ertraktanteilen. Auch den Offizieren muß freie Urlaubsfahrt gewährt werden. In unserer Armee steht es gut aus, in ihr herrscht Optimismus und mit ihr wird eine sichere Zukunft gewahrt, sie sichert uns den Sieg der europäischen Kultur. (Beifall.)

Abg. Naden (Nat.): Das viele Erzeugen bei den Ertraktanteilen ist ein längst überwundener Standpunkt. Das Hauptaugenmerk muß nicht auf die Schulung der Kos-feld, auf das Schießen, auf den Geist der Soldaten, sondern nicht vernachlässigt. Ich ferne eine Kompanie, in der zweimal in der Woche Gefangenen stattfinden. Urlaub ist in weitem Umfange zu gewähren, soweit es die militärischen Rücksichten irgend zulassen. Disziplin muß unter allen Umständen obwalten. Von ihr hängt jeder mili-tärische Erfolg ab. So weit die militärischen Interessen es zulassen, soll reichlicher Urlaub gewährt werden. Wegen seiner Vergessenheit darf eine ständige Ur-lausbewilligung nicht stattfinden.

Stellvertreter Kriegsminister v. Wandel: Alle Reden haben für die Führer in unserer Meere von der ersten Stelle bis zum Unteroffizier Anerkennung enthalten, nur das Kriegsministerium ergibt einen kleinen Tadel wegen zu vieler Erlasse. Wir sind ganz parlam. zugegangen. Allerdings ist auch der Reichstag nicht ganz unzulässig. Auf Grund der Resolutionen müssen wir viel Material ein-holen. Die Urlaubsverteilung erfolgt möglichst umfangreich. In einzelnen Stellen ist aber jedes Geheer unentbehrlich. Auf dem fischen Kriegs-schauplatz waren größere Urlaubsbewilligungen un-möglich wegen des jammervollen Zustandes der Eisenbahnen. Wahregungen von Truppenformen wegen Vergehen ein-gelassen sind nicht zu billigen. Die Meldungen über das Ver-schwinden von Kriegsgenossen haben sich meist als unzulässig erwiesen. Die Frage der Behandlung der Mannschaften ist in der Kommission vertraulich behandelt worden. Trogtun hat der Staband einen ausführlichen Bericht mit un-erhöhten Zügen und Überreibungen darüber gebracht. (Sprek!) Wo noch Mängel bestehen, werden sie entschieden verurteilt, und streng geahndet. Disziplin muß aber bleiben, sie ist der beste Maßstab für das Meer, auch die von dem Abg. Schöppin gerügte Straßendisziplin; sie ist eine der besten Maßstäbe für die Disziplin und den Geist der Truppe überhaupt. Offizieren und Unteroffizieren sind Ertraktanteile sind Führung mit Frontverhältnissen ver-schaffen. Es ist ferner Anordnung getroffen, daß anson-nen- und arbeitsverwendungs-fähig gewordene Soldaten bei den Ertraktanteilen nach und nach entlassen werden. (Bravo!) Das Meer ist nicht Selbstzweck, sondern hat sich der Allgemeinheit anzupassen. (Beifall.)

Abg. Vogt-Hall (Nat.): Unsere Offiziere haben sich bestens bewährt, eine gewisse Provokation ist erklärlich, auf sie sind auch die beherrschenden Maßregeln zurückzuführen. Auch wir wünschen Ausdehnung der Urlaube mit besonderer Berücksichtigung der Gewerbetreibenden und der Landwirt-schaft.

Abg. Davidsohn (Soz.): Wichtiger als gute Verpflegung und Geld ist für den Soldaten der Urlaub. An dem guten Willen des Kriegsministeriums ist nicht zu zweifeln. Es gibt aber immer noch viele Soldaten, die die Heimat und ihre Familien noch nicht wiedergesehen haben. Das sind die-jenigen, die jede Kleinigkeit doppelt traurig nehmen. Die Disziplin muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Die Leistungen des Meeres sind durchaus anzuerkennen. Ich Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Abg. Dr. Diebstedt verlangte das Wort zur Geschäfts-ordnung; es wurde ihm verweigert, daß das Haus in der Abstimmung stand. Abg. Diebstedt ruft: Vergeßung! Aus dem Hause erörte der Ruf: Unerschrockenheit! Abg. Diebstedt wurde deswegen zur Debatte gerufen. Abg. Diebstedt verlangte das Wort, es wurde ihm nicht erteilt.

Die Abstimmung über die Resolutionen ergab die An-nahme der Kommissionsbeschlüsse und die Ablehnung der sozialdemokratischen Resolutionen.

Abg. Rebeur (Soz.) (zur Geschäftsordnung) bauauf daß ein Mitglied des Hauses, es als Armierungssoldat aus dem Felde gekommen sei, seine Erfahrungen nicht habe vortragen können. Die Diktatormaschine sei eine übli-

gewohnheit des Hauses geworden. (Lache des Präsi-denten. Rebeur wurde zur Ordnung gerufen.) Rebeur fort-fahren: Dann sage ich eine wenig erfreuliche Genossenschaft. Abg. Dr. Remann-Schick (Nat.): Herr Rebeur hätte sich klar sein sollen, daß das Haus sich bei seinem Verhalten etwas gedacht hat.

Abg. Diebstedt (Soz.) zur Geschäftsordnung: Daß ich unter ledschlicher Zensur stehe, ist bekannt. (Ruf: Bei Ihrer Partei.) Das ist nicht mehr meine Fraktion. (Der Präsident ermahnte den Rebeur, leiblich zur Geschäfts-ordnung zu sprechen. Rebeur weifelt.) Rebeur fort-fahren: Aus Ihnen spricht nur das böse Gewissen. (Beifall über die Ordnung gerufen.)

Abg. Rebeur (Soz.) zur Geschäftsordnung: Wenn die Minderheit die Mehrheit überzeugen soll, so kann sie nur einpacken. Ich beantrage Wiedereinnahme der Diskussion. (Schallendes Gelächter.) Der Antrag wurde gegen einen Teil der Sozialdemo-kraten abgelehnt.

Abg. Koch (Soz.) berichtete über die zu diesen Fragen eingegangenen Petitionen. Präsident Dr. Kämpf unterbrach den Rebeur durch Verlesung der Wölkischen Meldung aus Budapest über Graf Tiszas Mitteilung im Abgeordnetenhause, daß Monte-negro um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten und unbedingte Waffenüberlegung angenommen habe. Stimmrichter Beifall und Wändelstücken im ganzen Saale und auf den Tribünen.

Der Vorschlag der Verlegung der Resolution auf Verabtelegung der Postämter für Selbstentpackte.

Abg. Streifmann (Nat.): Die Postämter sollten über-haupt verboten sein, mindestens aber bis 250 Gramm, schwere bis zu 500 Gramm sollten 10 Pfennig kosten. Die Resolution wurde angenommen.

Abg. Schürmer (Zentr.): Wir stimmen der Vorlage zu. In der Aussprache über die Zensur berichtete Abg. Streifmann (Nat.) über die Anstaltsberatung. Vor Eintritt in die Debatte wurde jedoch Vertagung beschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. d. Mts. 10 Uhr. Fort-setzung der heutigen Tagesordnung. Schluß nach 4¼ Uhr

## Preussischer Landtag Abgeordnetenhaus

Sitzung vom Montag, den 17. Januar 1916.

Am Regierungstische: v. Breitenbach, Dr. Zenge, v. Loebell, Freiherr v. Schölerer, v. Krott zu Solz, Dr. Ebdow.

Der Präsident der vorigen Session, Dr. Graf v. Schwerin-König eröffnete die Sitzung nach 1¼ Uhr.

Das Haus ehrte das Andenken der verstorbenen Mit-glieder Wühlberg (Soz.) Dr. Reich (Soz.), v. Stings zu Köpenick, v. Breitenberg (Nat.), v. Stomborn (Soz.), Schmidt-Fort (Soz.) und Geveler (Zentr.) in der üblichen Weise.

Zur Konstituierung des Hauses wurde auf Vorschlag des Abg. Freiherrn von Zedlich

das Präsidium der vorigen Session durch Kurwiedergewähl: zum Präsidenten Dr. Graf v. Schwerin-König (Nat.), zum 1. Vizepräsidenten Abg. Dr. Forst (Zentr.), und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. von Krause-Königsberg (Nat.).

Präsident Dr. Graf von Schwerin-König las in seinen Dankesworten, er wisse das ihm erwiesene Vertrauen um so höher zu schätzen, als das Haus sich als Präsidenten grund-lich kennen gelernt habe; er wolle, solange Gott ihm Kraft verleih, dieses ehrenvollen Amtes auch weiterhin mit Hin-gabe seiner Kräfte und strengster unbedingter Unparteilich-keit walten. (Beifall.)

Auch die beiden Vizepräsidenten nahmen die Wahl mit Dank an.

Zu Schriftführern wurden auf Vorschlag des Abgeordneten Herr v. Zedlich durch Kurwiedergewähl: der Abg. Schulze-Belium (Nat.), von Wenden (Nat.), von Bonn-Stormann (Zentr.), v. Sengsberger (Zentr.), Dr. Wundt (Nat.), Dr. Forst (Zentr.), Dr. Köhler (Nat.), von dem Hagen (Zentr.), Nischen (Zentr.). Der Präsident wird die vorgeschriebene Anzeige von der Konstituierung des Hauses seiner Majestät dem Könige und dem Herrenhause machen. Die allgemeinen Rechnungen des Kaiser des Staatshaushalt für 1910, 1911 und 1912, sowie die Verordnungen der Staatseinnahmen und Ausgaben für 1912, 1913 und 1914 wurden der Rechnungs-kommission überwiehen.

Darauf folgte die gemeinsame

erste Beratung des Staatshaushaltsetats für 1916 und des Gehejntournees, betreffend die Erhöhung der

Zufüsse zur Einkommen- und Ergänzungsteuer.

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lase (Nat.): Wir gebeten zuerst denjenigen, die drängen für das Vaterland kämpfen, wie der Präsident und der Finanzminister es getan haben, mit unanschuldigen Punkte für die Erfolge des abgelaufenen Jahres. Aber den Etat kann hier schon jetzt unsere Freunde ausgesprochen werden, daß er, in dieser schwe-ren Zeit vorgelegt, ohne Defizit abschneidet. Allerdings werden wir ihn in der Kommission mit großer Sorgfalt zu prüfen haben und überall auf größte Sparamkeit sehen, und am angelehrt der großen Opfer dieses Krieges auf lange Zeit und an allen Orten. Der wichtigste Punkt des ganzen Etatsjahres ist das angeforderte Steuererleß. In dieser letzten Zeit ist eine solche Forderung nicht sonderlich, aber meine Freunde meinen, daß es nicht anders geht. Wir können nicht Jinsen aller Jinsen durch neue Steuern be-streiten, nicht vom Borgen allein leben. Also müssen wir die Steuern anziehen. Allerdings werden wir manche ein-schneidende Bestimmung in der Kommission ändern. Dies Votagelei für Kriegsbefähigte soll für die ganze Dauer des Krieges gelten. Diese Steuerforderung steht aber im fixen Zusammenhang mit dem Etat selbst. Deshalb scheint mir der Entwurf ihrer Billigkeit nicht glück-lich bedingt zu sein. Auch wegen der sehr wichtigen Be-lastung des Einkommens wäre es ratsam, die Entschuldig-ung über ihre spätere Gestaltung in der Hand zu behalten, zumal vom Reich wegen noch starke Anforderungen gestellt werden, die sehr scharf in die Steuererhebung der Ein-gelassen einfließen. Die Belastung der direkten Steuern kann auch nicht ins Unermessliche gehen. Stimmt die Be-lastung von allen Seiten weiter auf sie ein, von Reich, Staat und Kommunen, dann wird geradezu eine Auslö-

runge aller Bestreueren erfolgen. Das ist unumgänglich, auch  
Kampfbereitschaft, denn hängt die Selbständigkeit der  
Einzelstaaten, die ich für dringend notwendig halte als  
einen Grundpfeiler des deutschen Volkslebens. In der  
Thronrede werden wir mit größter Vergnügen die An-  
erkennung von Kaiserlicher Stelle für die preussische Art,  
das ganze preussische Volk, sein Staatsleben und alles, was  
damit zusammenhängt.

#### Das preussische Volk hat seine Pflicht getan.

Dies preussische Volkstum baut sich auf unseren Ein-  
richtungen auf; auch ihnen gilt die Anerkennung. (Hört,  
hört! links. Zuruf des Abg. Liebf. e. d. i. Wahlrecht!  
Umrufe.) Eine der herrlichsten Erscheinungen dieses  
Krieges ist die Kameradschaftlichkeit der preussischen und  
den anderen Stämmen vom ersten bis zum letzten, die Worte  
unserer anerkannten Oeffrierer: Das habe ich nicht  
gefragt, sondern unter dem Segen des Himmels da oben der  
getragene Geist und die Tüchtigkeit unserer Truppen! Es  
hat etwas Mührendes, zu sehen, was geleistet worden ist,  
draußen und drinnen; wie oft möchte man  
das gerade den Verbundenen voll Dankes sa-  
gen. Die Truppen drinnen wissen, alle ganz ge-  
nau, daß sie sich für ihre Offiziere verlassen können, es ist  
etwas Herliches, wie unsere Truppen Offiziere vorangehen  
sind. Dieser Geist der Kameradschaftlichkeit, eine der her-  
lichsten Erscheinungen des Krieges, ist auch ein Geist der  
Ordnung und der Autorität. (Umrufe! Zuruf des Abg. Dr.  
Liebf. e. d. i. Das ist nicht der Geist der Offiziere! Wä-  
rungsrecht. Umrufe.) Eine andere Stelle der Thronrede  
dehnt auf eine Änderung unseres Wahlrechts und auf ein  
Entgegenkommen gegen die Wünsche der linken Seite dieses  
Kameres zu deuten; kaum ein Zeitpunkt wäre ungünstiger  
für solche Forderungen gewährt, als der jetzige. Die Mei-  
nungsverschiedenheiten auf diesem Gebiete sind die alten; jetzt,  
da der Krieg doch zu allererst erfolgreich durchgeführt werden  
und unser Volk in Einheit zusammenstehen muß, muß  
der Bürgergeist aus Feindschaft erhalten werden  
und alles, was zweifellos die Einheit hilft, auszurufen.  
Das ist klar, und

#### Das ist unsere Antwort.

Im übrigen meine ich mit dem preussischen Staatsminister  
v. Döllmeyer, daß die Volkvertretung bisher die Interessen  
des Landes in erprobter Weise wahrnimmt und insbe-  
sondere die materiellen und idealen Interessen der Mi-  
norität nach Kräften fördert. Das Wahlrecht muß aber nach  
den praktischen Leistungen des betreffenden Parlamentes  
beurteilt werden. In der Ausdehnung von Schiedsmännern  
wollen wir weiter mitarbeiten, wie bisher. Jetzt können wir  
die Einheit nicht fördern lassen. (Umrufe! Zuruf des Abg. Dr.  
Liebf. e. d. i. Sie hindern die Einigkeit! Sie wollen Ihre Privilegien  
festhalten! Gelächter rechts.) Ein Ende der kurzweiligen  
Friedenszeit ist leider noch nicht abzusehen. Jammer und  
Klagen und Friedenswünsche auszuspochen, zählt nichts,  
nur feste Entschlossenheit

Beifall rechts), nicht nur mit Worten, sondern auch mit  
Taten (Beifall; Auf bei den Soz.); Entschlossenheit zur Ver-  
einnung und Berechtigung! Unser Schwert ist ganz rein.  
(Beifall! Zuruf des Abg. Dr. Liebf. e. d. i. Die Verantwortung tragen diejenigen,  
die diesen Krieg heraufbeschworen haben (Sehr wahr!) und  
berzogen ist voll unser schlimmster Feind, der wie  
Kamerad! In der Krieg um Jahre vor ist ver-  
lassen hat. Das Blut, das die Schuldigen  
kommt, möchte ich nicht zu verantworten haben. (Beifall  
Zuschauer bei den Soz., im einzelnen unverständlich,  
Großer anhaltender Lärm. Beifall! Zuruf des Abg. Dr.  
Liebf. e. d. i. Sie werden nachher zu Wort kommen, also  
stören Sie nicht durch solche Zwischenrufe! Es verdient  
doch im ganzen Lande festgestellt zu werden, daß, wenn ge-  
sagt wird, daß die deutsche Politik nicht die Verantwortung  
für diesen mörderischen Krieg trägt, sich ein Deutscher  
findet, der dem widerspricht. (Neue große Umrufe. Abg.  
Dr. Liebf. e. d. i. Die Verantwortung kommt!) Scharf ist  
daß die Feinde uns mit Vergeltung drohen, die Presse und  
mehrgedachte Welt, der unheimlichen Politik. Es rechnen  
auf zweierlei, auf Unerwartetes im deutschen Volke, und lieber  
Gottes belassen sich hier Leute mit der schweren Verantwortung,  
im Ausland einen solchen Eindruck herbeizuführen.  
(Beifall! Zuschauer bei den Soz., insbesondere von dem  
Abg. Dr. Liebf. e. d. i.) Sodann müßte sich das Ausland,  
in der Unterdrückung unserer materiellen Kraft, durchzu-  
halten. Aber sie ist vorhanden. Wir können auch von  
trockenem Brot leben. (Beifall.) Nicht darum handelt es  
sich, was wir wollen, sondern darum, was wir müssen.  
(Sehr wahr rechts.) Wir beschreiben in der Kommission die  
unendlich schweren Aufgaben. Das Mühseligste in den Er-  
nährungsfragen sind, ist selbstverständlich; es ist nicht ganz  
leicht, den sozialistischen Staat zu heute auf morgen ein-  
zuführen. Wir wollen denken, die draußen für uns kämpfen,  
mit offener Stirn entgegenzutreten und sagen können: Ihr  
habt unser Vaterland geteilt, auch wir haben für unser  
Vaterland getan, was nötig war. (Beifall! Zuruf des Abg.  
Dr. Liebf. e. d. i.)

Abg. Dr. Kadische (Fortf. d. Vt.): Da die sozialdemo-  
kratische und die konervative Partei eine allgemeine Aus-  
sprache gewünscht hatten, konnten sich die anderen Parteien  
nicht wohl anschließen. (Sehr richtig! links.) Aber ich be-  
schränke mich, auf das Notwendigste.

#### Inbezug auf das Wahlrecht

Ich spreche schon die Thronrede von der Gestaltung der „gelei-  
genden Korporationen“ dieser Rural kann noch von Be-  
deutung werden. Der Vorredner verweist sich auf dem  
Ausdruck, daß das jetzige Wahlrecht den Bedürfnissen des  
preussischen Volkes geradezu nicht entspreche. Das wich-  
tigste ist die Form, in der das Volk in der Gesetzgebung mit-  
zusprechen hat. Es ist Pflicht der Regierung, in dieser Frage  
vorgehen, und jetzt kommt die Autorität der Krone in  
Frage. Ein Volk, das geleistet hat, was unser Volk im  
Kriege geleistet hat, verdient Vertrauen. Es ist politisch reif  
und muß staatsrechtlich so behandelt werden. Das Reichs-  
tagswahlrecht hat sich national bewährt und die Feuer-  
probe bestanden. (Sehr richtig!) Es geht nicht mehr an, daß  
auf dem Wege über Preußen die Politik des Reiches durch-  
geführt wird. Die Reform muß noch vor dem nächsten all-  
gemeinen Wahltermin erfolgen. Das an

#### Die Defensiv des Defizits

jetzt schon herangezogen wird, halten wir für richtig und  
wollen daran mitwirken. Die Einzelheiten wird die Kom-  
mission prüfen. Die zeitliche Begrenzung und die Schonung  
der Einkommen bis zu 2400 Mark halten wir für nötig. Mit  
der einfachen Formel: die direkten Steuern der Einzel-  
staaten, die indirekten dem Reichel sind die Schwierigkeiten  
nicht zu lösen; das Reich hat diesen Boden schon verlassen.  
Wieder gibt es für die direkte Besteuerung eine Grenze,  
die nicht überschritten werden darf, wenn Schaffenskraft  
und Schaffensfreude nicht erlahmen sollen. Das Ausland  
läuft sich schwer, wenn es annimmt, daß Deutschland schon  
ökonomisch gescheitert sei; wir stehen ungebrochen und un-  
brechbar da. Vorwürfe gegen wuchernde Versicherungen  
gegen ganze Verufe würde ich bebauern. Landwirtschaft  
und Industrie haben getrebt, unlauteeren Elementen in  
ihren Reihen das Sandver zu legen, auch der Handel weiß  
folche weit von sich. Dem Verlangen, die Konsum und den  
Belagerungsstand aufzuheben, stimmen wir nicht zu, for-  
dern aber mögliche Vermehrung von Maßregeln. Für  
die

#### Erweiterung der Kriegsteile

ist die Zeit noch nicht gekommen. Man wird wohl noch für  
das Vaterland kämpfen können. Die militärischen Erfolge  
mögen reben; Siege zu erringen ist das Gebot der Stunde.  
Wir wollen einen Frieden, der unsere nationale Zukunft  
sichert, uns die Grenzen gibt, die wir zur Verteidigung  
brauchen und uns wirtschaftlich in die Lage setzen, unsere  
deutsche Kraft zu entfalten. Auch wir sind stolz auf das,  
was Preußen ist und leistet, und schätzen die Vormäch-  
tigkeit im Reich, aber über den Zeit geht das Ganze und  
über Preußen das Reich. Der Weisbau soll so fest werden,  
daß er allen Stürmen trogen kann. (Beifall.)

Abg. Gerold (Str.): Der Erhöhung der Besteuerung  
stimmen wir zu. Bei der Regelung der Ernährungsfrage  
wäre mehr Entschlußfreudigkeit nötig gewesen. Die Sider-  
stellung der Familie der Kriegsteilnehmer begrüßen wir  
mit Freude, ebenso die Unterhaltungen für Verwunde, die in  
schwieriger Lage sind. Was die Kriegsteile angeht, so  
müssen wir verlangen, daß wir für unsere schweren Opfer  
angemessen entschädigt werden. Angesichts der gewaltigen  
Verluste durch diesen Krieg müssen wir der Abnahme des  
Bevölkerungsstandes erhöhte Bedeutung beimessen. Für  
kinderreiche Familien müssen allerlei Erleichterungen ge-  
schaffen werden. Wir hoffen, daß der Geist gegenseitigen  
Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortbauert.

Das bestehende preussische Wahlrecht entspricht den heutigen  
Verhältnissen nicht mehr. Zeit werden an der Vorlage der  
Regierung mitarbeiten. Nach dem Wollen der linken Vor-  
redner werden die Parteigegensätze wieder herortreten. Die  
Landwirtschaft hat durch intensive Arbeit unsere Produktion  
wesentlich gefördert und Deutschland in die Lage versetzt, sich  
trotz Abberung unserer Grenzen zu ernähren. Im Krieg  
wird ein Mangel bestimmt nicht eintreten. (Beifall.) Auch  
unser Industrie hat sich bewährt und sogar den Verbände-  
ten Material abgeben, unsere Eisenbahnverwaltung  
Gerotragendes geleistet. Wie der Reichstag, wird auch das  
Abgeordnetenhaus die Haltung der englischen Regierung zum  
Baralong-Halle brandmarken. (Beifall.)

Abg. Fritsch-Berlin (Soz.): Das Defizit von 1914 kann  
nicht auf eine Defizit-Anleihe übernommen werden. Wir  
halten den eingeschlagenen Weg für richtig, vorbehaltlich der  
Einzelheiten. Wir vermehren jede Erwerbungsleistung, aber  
auch jeden Frieden, der die politische und wirtschaftliche Un-  
abhängigkeit des deutschen Volkes nicht sicher stellt. Unsere  
Kampfbereit ist die Befähigung der notwendigen Lebens-  
mittel für das Volk. Die Uebertragung solcher  
in dieser Beziehung für verfehlt. Wir fordern Gleich-  
berechtigung für alle Bürger, deshalb eine großartige Re-  
form der inneren Verwaltung, vor allem eine Reform des  
Wahlrechts. (Beifall bei den Soz.)

Staatsminister Dr. v. Loebell erklärte, er werde in der  
Kommission Gelegenheit haben, auf die von den Vorrednern  
angeregten Einzelheiten einzugehen, und bezog sich auf die  
Äußerung des Abg. v. Seydewitz, in der jetzigen großen  
Zeit müsse jede öffentliche Rede beginnen und enden mit  
dem

#### Dank an unsere herrliche Armee und unser Volk.

Er wies einen Mißfall auf die 17 Monate  
siegreichen Kampfe eines Welt von Fein-  
den. Er sprach von Eringung der realen  
Sicherheiten, die es den Feinden unmöglich machen,  
uns noch einmal übermäßig in konzentrischen Angriff zu  
überfallen, und die Deutschlands langzeitige Entwicklung vor-  
bereiten, den Kriegswirkungen auf alle Gebiete und dem  
unbedingten Durchhalten, bis Deutschlands Zukunft ge-  
sichert sei für alle absehbare Zeit, zu dem das ganze grobe  
deutsche Volk hat entschlossen sei. Er betonte, daß hier  
eine Erklärung abgegeben wurde, die die Friedens-  
arbeit hat die Belatungsprobe des Weltkrieges bewiesen,  
wie sicher der preussische Staat auf seinem Fundament ruht,  
wie leistungs- und anpassungsfähig seine Organisationen sind.  
Der Minister dankte den Beamten der Staatsver-  
waltung und den Organen der Selbstverwaltung für die An-  
passung von Willen und Kraft zu den schweren Kriegs-  
aufgaben und unübersehbarer Art in ausführlichen Darlegun-  
gen. Er sprach von Ueberwinden des Krieges als einer  
preussischen und deutschen Eigenart und sagte: Alle  
Arbeit gehört jetzt den harten Pflichten des Krieges. Auf-  
gaben, die dem öffentlichen Leben der Friedenszeit gelten,  
dürfen wir nicht lösen gleichzeitig unter Ausschluß der Milli-  
onen deutscher Männer im Felde; diese sollen und wollen  
teilnehmen an

#### Wiederbau des Vaterlandes.

Die Regierung erkennt in dem Geiste gegen-  
seitigen Verstehens und Vertrauens, der sich im  
Kriege so festhaft bewährt hat, die Siderheit,  
daß die Kriegszeit die politischen Voraussetzungen  
für das Gelingen des wichtigen Gesetzgebungs-  
werkes schafft, die in der bergonnenen Friedenszeit aerebit

**Die heutige Fortsetzung unseres Romans  
„Die Blonde Lüge“ erscheint aus Raumgründen  
ausnahmsweise in der nächsten Ausgabe.**

Haben. Sie steht in der in erster, großer Entschlo-  
genen Einmütigkeit der Parteien einen zu soliden  
Gemein der Kriegszeit, um nicht alles zu tun, ihn zu er-  
halten. Die Regierung will deshalb, wenn die Waffen  
ruhen, die politische Leben Preußens und Deutschlands von  
den misstraulichsten Frage bauern entlasten und hofft,  
dann alle Parteien an ihrer Seite zu finden. Bis nach  
dem Kriege muß diese Frage dem politischen Leben fernge-  
halten werden. Daß die innerpolitischen Sorgen nicht je-  
sald wieder zu unserer nationalen Not werden, daß ist eine  
deutsche Kriegshoffnung, ein deutsches Kriegziel.

In der Volentage, sagte der Minister, wie gegenüber den  
Anhängern der sozialdemokratischen Partei trage die Verwal-  
tung Preußens dem Aufgehen der Gegenseite in der Pflicht  
der Vaterlandsverteidigung Rechnung. Das Kaiserwort,  
daß es keine Parteien gibt in diesem Kriege, ist der Regie-  
rung maßgebend. Die Regierung hofft, daß die Mehrheit  
der Partei in großen nationalen Lebensfragen auf dem  
Boden des Staatsgebührens ihren Platz an der Seite der  
anderen Parteien findet und findet. Der Krieg hat gezeigt,  
wie gelund unser Volkleben ist; der alte preussische Staat  
hat seine Stärke als Träger des Reiches erwiesen. Die  
Feinde glauben an den Wert der großen Zahl, wir an den  
Wert des deutschen Menschen nach dem Wort des großen  
Preußenkönigs: Es ist nicht nötig, daß ich lebe, wohl aber,  
daß ich meine Pflicht tue und für mein Vaterland kämpfe.  
(Beifall! Zuruf des Abg. Dr. Liebf. e. d. i.)

Abg. Fritsch-Berlin (Str.): Wenn die politischen Gegen-  
sätze im Frieden wieder aufleben, so werden diese Kämpfe  
hoffentlich in dem Bewußtsein geführt werden, daß wir  
Söhne eines Volkes sind. (Beifall.) Auch Abg. Fritsch  
möchte gesehen haben, daß die Demokratie niemals fried-  
fertige Tendenz pflegen. Die Arbeiterchaften Englands  
und Frankreichs stimmten jubelnd für die Vermittlung  
Deutschlands. (Sehr richtig!) Belgien wieder verzaug-  
geben, wäre das Richtige, was wir tun könnten. Es ist  
uns ein Untergrund für dauernden Frieden. Wir halten die  
Wahlrechtsfrage auch für eine der wichtigsten, halten aber  
im vorigen Jahre, ihre Erörterung nicht für angebracht.  
Präsident Graf Scheriner-Winias verlas die Meldung des  
Wolffischen Büros über die

#### Kapitulation von Montenegro

und fügte hinzu: Vivat sequens, es folge der nächste, und  
den letzten heißen die Kunde. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Lense: Ich bin dem Hause außer-  
ordentlich dankbar, daß die Mehrzahl der Herren, die heute  
zu Worte gekommen sind, sich der Steuervorlage gegenüber  
nicht ablehnend verhalten hat. Der Minister wiederholte  
seine Darlegungen über die Ursachen des Fehlbetrages im  
Etatjahr 1914 und die Gründe des Staatsministeriums für  
die Vorlage. Erpormisse zum Sparten des Verkehrs  
sollten nicht gemacht werden; es ist vielmehr mühsamwert,  
Zariffreibelegungen oder sonstige Vervollkommungen mög-  
lich zu machen. Sonstige Einwendungen, die gemacht  
werden seien, hätten für den Frieden außerordentlich zu  
verlagern aber in ungenüßlichen Verhältnissen sofort (Bei-  
fall.)

Abg. Behlisch (Zentrum): Bei ihrer großen Bedeutung  
für unser Wirtschaftsleben ist die Erhaltung der Leistungs-  
fähigkeit unserer Eisenbahnen unbedingt notwendig. Im  
Interesse der Volksernährung bitte ich um möglichst zahl-  
reiche Beurlaubungen für die Frühjahrsstellung. Meine  
politischen Freunde meinen, daß man nicht eher mit An-  
kündigungen über die Wahlreform hätte herortreten sollen,  
bis ein Gesetzentwurf möglich war. So kam es zu Mit-  
teilungen in der Presse, die sogar von Uebertragung des  
Reichstagswahlrechts auf Preußen sprachen. Ich glaube  
keinen Widerspruch zu finden, auch nicht bei der Regierung,  
wenn ich sage, daß die Thronrede dies niemals hat sagen  
wollen. Wir dürfen an diese Frage erst nach einer Ver-  
ständigung unter den Parteien herantreten. Wir sind jetzt  
entschlossen, durchzuhalten bis zu dem von dem Minister  
bezeichneten Ziele. (Stürmischer Beifall und Säbelklängen.)

#### Die Debatte wurde geschlossen.

Abg. Ströbel (Soz.) bedauerte, daß den mehrfachen An-  
griffen auf die Ausführungen des Abgeordneten Fritsch nicht  
genügende Unterstellungen und Berichtigungen enthielten.  
Der Präsident rügte diesen Ausdruck. Aus Ihrem Schluß-  
antrag bricht die schlauberche Angst vor der Wahlrecht.  
(Große Umrufe.) So lobnen Sie die ungeweuer Opfer des  
Volkes an Gut und Blut. (Wiederholte Umrufe, Pfurufe.)  
Rebner spricht weiter trotz der Glorle des Präsidenten.

Auf eine Bemerkung des Präsidenten antwortete ein  
Zuruf von sozialdemokratischer Seite. (Wiederholte große  
Umrufe.)

Nach weiteren Ausführungen wurden der Staatshaus-  
halt und die Steuervorlage dem Staatshausauschuss  
überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. d. Mts. 11 Uhr: Ge-  
setzentwurf betreffend weitere Beistellen zu Kriegswohl-  
fahrtsausgaben der Gemeinden und betreffend Dienstver-  
geben der Krankenkassenbeamten. Kleinere Vorlagen.  
Schluß 5 3/4 Uhr.

#### Minister v. Loebell zur Frage des preussischen Wahlrechts

Berlin, 17. Jan. Bei der Erörterung in Abgeord-  
nethaus erklärte der Minister des Innern v. Loebell:  
Die Regierung hält zur Erhaltung und Stärkung des  
preussischen Staates ein Zusammenarbeiten mit den Parteien  
für durchaus notwendig. Sie hält es aber nicht für angezeit,  
die Frage des preussischen Wahlrechts jetzt einer endgültigen  
Lösung entgegenzuführen zu wollen. Sie entschließen, wenn die  
Waffen ruhen, an die Lösung dieser Frage anzugehen. Bis  
dahin muß diese Frage dem politischen Leben ferngehalten  
werden.

#### Gesichtsmat Friedheim

Berlin, 17. Januar. Der Geheimre-  
gierungsrat v. D. O. v. Friedheim, geboren am 30. d. 1854 zu Gersdorf,  
ist verstorben, nachdem er über mehrere Jagen an Antiquaria  
erkrankt war in seiner Wohnung in Charlottenburg gestorben.  
Gesichtsmat Friedheim war bis zum 1. Juli 1914 Vorsitzender  
des Polizeipräsidiums von Berlin und eine über-  
aus bekannte Persönlichkeit gewesen.

#### Japanische Kreuzer für Suez

Paris, 17. Jan. „Journal“ zufolge sind von Tokio  
drei japanische Panzerkreuzer, angeblich  
„Kaiyuga“, „Tokima“ und „Chitose“ nach dem Suez-  
kanal abgegangen, entweder, wie das Blatt sagte, zum  
Schutze der japanischen Schifffahrt im Mittelmeere oder  
zur Beweise der Verteidigung des Suezkanals.

